

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Quartalspreis 1,00 Mark, halbjährlich 2,00 Mark, jährlich 4,00 Mark.
Bei jeder Bestellung durch den Besteller
ist das Porto zu zahlen.
Die Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Reichs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 10 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Rezeptionsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 31.

Berlin, Sonnabend, 20. April 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Gelbe Gewerkschaften. — Die Konservativen und das geplante Reichsvereinigungs-gesetz. — Allgemeine Anstalten. — Gewerkschaften-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Gelbe Gewerkschaften.

Die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ nimmt in ihrer jüngsten Nummer in einer sehr verständigen Weise Stellung zu den gelben Gewerkschaften. Der Sitz der gelben Gewerkschaften ist Frankreich, wo sie im Jahre 1900 entstanden. Aus den sozialdemokratischen Organisationen löste sich eine Gruppe aus, die es nicht mehr für opportun hielt, der sozialdemokratischen Richtung weiterhin Gefolgschaft zu leisten. Diese Gruppe ging von der Erwägung aus, daß die in vielen Fällen unzulänglich von Parteigenossen getriebenen Streiks der Arbeiterklasse verheerend wirkten und daß die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse auf einem anderen Wege als dem bisherigen Erfolg verspräche. Der unendliche Streik, der in den verschiedenen sozialdemokratischen mehr oder minder radikalen Richtungen Frankreichs besteht, ließ die gelben Gewerkschaften dort rasch erblühen, so daß heute 40 % der französischen Arbeiterschaft zu den gelben Gewerkschaften gehören. Diese Tatsache lehrt: Die Sozialdemokratie ist die Mutter, der Radikalismus der Vater der gelben Gewerkschaften.

Die „Industriebeamten-Zeitung“ führt die Begründung der gelben Gewerkschaften in Deutschland, die hier eigentlich nur sogenannte Unterstützungsvereine seien, auf dieselben Ursachen zurück, die das Entstehen dieser Richtung auch in Frankreich hervorriefen. Die zahlreichen Streiks, von denen ein beträchtlicher Teil für die Arbeiter verloren ging, hätten einen großen Teil mitschnittig und mit der bisherigen Loyalität zufrieden gemacht. Diese Stimmung machten sich die Unternehmer zunutze und gründeten die Unterstützungsvereine, die von den Organisationen als gelbe Gewerkschaften bezeichnet wurden. Die Bezeichnung gelbe Gewerkschaften trifft aber in der Tat zu, weil diese Gewerkschaften eine Arbeitertruppe zur Verfügung stellen, die sich ganz gefügig dem Willen der Unternehmer unterwirft.

Aber nicht nur, daß sich diese Arbeitertruppe den Unternehmern ganz gefügig macht, müssen ihre Folgeführer — das ist der springende Punkt — durch Unterschrift erklären, keiner Organisation anzugehören, die bei Streiks und Aussperrungen Unterstützungen zahlt. Diese Arbeiter liefern sich also den Unternehmern ganz und gar aus, indem sie sogar ihr Koalitionsrecht völlig preisgeben!

„So sehen bei uns in Deutschland die sogenannten „gelben Gewerkschaften“ aus! Weil jene Gruppe von Arbeitern, wenn auch vielleicht nicht immer auf ihr Koalitionsrecht verzichtet, und jeder deutsche Arbeiter als sein unumstößliches Bollwerk betrachtet, und daß jeder Sozialpolitiker der Rechtsgelt als Naturnotwendigkeit für die Arbeiter ansieht — sind sie und ihre Vereine ein unantastbarer Zustand, indem sie zurzeit eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die gesamte organisierte Arbeiterschaft bilden.“

Die „gelben Gewerkschaften“ erschweren das natürliche Vorwärtstreiben und jeden Fortschritt der Arbeiter, weil ihre Mit-

glieder sich an keinem auch noch so berechtigten Lohnkampf beteiligen können noch dürfen.

Das Blatt fragt nun, wie sich solche un-natürlichen Zustände herausbilden konnten, die nur den Fortschritt der Arbeitermassen hemmen? Und es antwortet, etwas weicher ausholend:

Niemand wird den Kampf der Arbeiter um eine Besserung ihrer Lebenslage für unredlich halten. Eine Industrie, die ihren Unternehmern einen reichlichen Gewinn gewährt, soll auch ihren Arbeitern mehr als des Lebens Notdurft und Nahrung können. Der Arbeiter hat so gut wie jeder andere das Recht, von seiner Hände Arbeit nicht nur die Befriedigung seiner notwendigen Lebensbedürfnisse, sondern noch ein ethisches Recht zu erwarten. Und es ist sein gutes Recht, ja seine Pflicht, diesen begründeten Anspruch mit allen gesetzlichen Mitteln zu verteidigen.

Andererseits wird es aber gut sein, wenn die Arbeiter vor dem Eintritt in einen Streik sich unter allen Umständen klar darüber werden, daß sie heutzutage umfangreiche Aussperrungen zu gewärtigen haben. Darum müssen die Arbeiter die finanziellen Folgen dieser Maßregel genau erwägen, ehe sie sich über ihr Vorgehen schlüssig werden. Ein Streik ist verhältnismäßig leicht zu initiieren. Seine Folgen sind, wenn er mißglückt, unvorstellbar schwer zu beseitigen. Der Streik ist eine Waffe, die mit demerselben Erfolge zu handhaben immer schwieriger wird, je stärker die Organisationen der Arbeitgeber geworden sind, und je mehr diese geneigt sind, von der scharfen Waffe der Aussperrungen Gebrauch zu machen. Nur wenn sich mit dem Willen zur Verbesserung der Lage die größte Besonnenheit paart, ist auf einen guten Ausgang zu hoffen.

Diese Besonnenheit und das nötige Maß von Ruhe ist in den Streikbewegungen der letzten Jahre nicht immer und nicht überall zu bemerken gewesen. Mehr als einmal haben die Führer der Gewerkschaften schürftig den Einsatz der Arbeitermassen verloren, so daß ihnen ein Einlenken im entscheidenden Augenblicke dann nicht mehr möglich war. Diese Mißerfolge haben das Aufkommen der „gelben“ Gewerkschaften offensichtlich begünstigt.

So mehr diese Fehler vermieden werden, desto eher ist zu erwarten, daß die Gewerkschaften allgemach den Boden wieder gewinnen werden, den sie an die Aussperrter im gelben Lager verloren haben. Das wird um so sicherer eintreten, wenn der weitere Fehler vermieden wird, Arbeiter, die anderer Meinung sind, durch ein mehr oder minder geistig abhörendes Verhalten zu vertreiben. Nur dann werden jene „Gelben“ der gesamten organisierten Arbeiterschaft wieder zugewinnen sein.

Das sind treffende Worte, die wir durchweg unterschreiben können und die sich vollkommen auf dem Boden des Zentralratsbeschlusses gegen die gelben Gewerkschaften bewegen.

Die „Industriebeamten-Zeitung“ versteht unter „Gewerkschaften“ die drei Hauptrichtungen: „freie“, „christliche“ und „Kirch- und Arbeitervereine“, die alle in das Meer der modernen Arbeiterbewegung einmünden. Wir Gewerksvereiner müssen die Schuld an dem Entstehen der „gelben Gewerkschaften“ der Sozialdemokratie aufs Konto legen, denn wir haben oft genug gewarnt vor dem Ueber-radikalismus und der Unbildungsmacht, den Erzeugern der „Gelben“.

Die Sozialdemokratie lehrt den Klassenkampf, den Kampf zur Erlangung der proletarischen Herrschaft, den Kampf aus Prinzip um des sozialistischen Dogmas willen.

Wir lehrten, den friedlichen Weg um des praktischen Erfolges willen zu gehen und den Kampf zu führen, wo der friedliche Weg versage.

Unser Ziel war in jedem Falle der schrittweise praktische Erfolg. Der Klassenkampf aus Prinzip erschien uns immer als das, was er wirklich ist: eine Dummheit, aus der nicht die Arbeiter, sondern nur die Unternehmer Nutzen ziehen. Hätte sich die Arbeiterbewegung im Sinne der Gewerksvereine entwickelt, dann wäre es niemals zu „gelben Gewerkschaften“ gekommen. Wohl aber wäre die deutsche Arbeiterbewegung dann einheitlich und stark!

Darum: Nieder mit den Roten, den Vätern der Gelben!
Nieder mit den Gelben!
Soch die freie deutsche Gewerksvereinsbewegung!

K. G.

Die Konservativen und das geplante Reichsvereinigungs-gesetz.

In der in Aussicht gestellten einseitigen Regelung des Vereins- und Versammlungrechts für das ganze deutsche Reich nimmt die konservativste „Post“ eine interessante Stellung ein. Das Blatt findet es begreiflich, daß mit den Polizeivorschriften, wie sie das preussische Vereinsgesetz in so fleißiger und längst veralteter Art in Fülle enthält, aufgeräumt werden müsse. Dem Grafen Posadowsky sei aber bei seinem Hinweis auf die Befestigung des Verbots der Verbindung politischer Vereine ein beträchtlicher historischer Irrtum unterlaufen. Die Verlegung des betreffenden Gesetzeswortes habe nicht aus dem Grunde Anstoß erregt, weil man an die Aufhebung dieses Verbindungsverbotes ernstliche Befürchtung getrieben hätte, sondern lediglich deshalb.

„weil dieser Gesetzeswurf in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der belagerten verächtlichen Zurückweisung der gerade vom Grafen Posadowsky so eifrig verteidigten „Zuchthausvorlage“ eingebracht worden ist. Darin, daß man diesen Schlag gegen die Reichsregierung mit der Bewegung vor dem Reichstage durch die in Ministerbedingungen geknüpfte Aufhebung jenes Verbindungsverbotes beantwortet hatte, ist mit Recht vielfach eine empfindliche Schädigung der Autorität der verbündeten Regierungen erblickt worden. Wir glauben auch annehmen zu können, daß diese Auffassung jetzt auch an den höchsten Stellen der Reichsregierung selbst geteilt wird.“

Die hochsinnige Bemerkung von der „eifrigen Verteidigung der Zuchthausvorlage durch den Grafen Posadowsky“ hat wohl nur den Zweck, dem Herrn Staatssekretär, der mit seiner Rede über das Vereins- und Versammlungsgesetz die wir in voriger Nummer abdruckten, lebhafteste Zustimmung findet in der nach Freiheit strebenden Bevölkerung, ein zu versetzen. Als Ressortminister muß Graf Posadowsky natürlich auch diejenigen Vorlagen vor dem Reichstage vertreten, die nicht immer seiner inneren Auffassung ganz entsprechen. Wie grade dies der Fall zu sein scheint in Sachen der Zuchthausvorlage, das beweist uns eben die Tatsache, die von der „Post“ so lebhaft kritisiert wird.

Die „Post“ hat aber noch andere Schmerzen. Das Blatt fürchtet nämlich, daß bei der Entschiedenheit über den in Aussicht gestellten Gesetzeswurf die konservativ-liberale Paarung in die Brüche gehen könne.

Die Aufgabe, zugleich mit den freirechtlichen Gesetzmachern auch diejenigen der öffentlichen Ordnung und der Staatsicherheit im Reichstage voll zur Geltung zu bringen, wird keine leichte sein, und es wird einer sehr geschick-

Sachbehandlung bedürfen, um zu verhindern, daß die Verhandlungen über das Reichs-Gewerks- und Berufsmittelgesetz nicht in einer gefährlichen Rille für die konservativ-liberale Partei und die auf diese gerichtete Reichspolitik werden. In diesem gefährlichen Rille liegt daher eine ähnliche Gefahrenquelle für die Reichspolitik, wie in der Behandlung des preussischen Unterrichtswezens, und es ist also hier wie dort unerlässlich, daß die Leitung in die Hand aufrichtiger und geschickter Vertreter dieser allgemeinen Reichspolitik gelegt wird. Unter dieser Voraussetzung kann allerdings, wie es auf dem Gebiete der preussischen Schulverwaltung, wie es auf dem Gebiete der Reichsverwaltung und der Konfessionsangelegenheiten war, aber durch das rassistische Verhalten der Unterrichtsverwaltung und der Konfessionsangelegenheiten (Kath. u. Gewerks.) bereitwillig worden ist, ein sehr ersprießliches Zusammenwirken der konservativen und der liberalen Kräfte der jetzigen Reichstagsmehrheit sich bieten, und so aus gemeinsamen fruchtbarer positiver Arbeit der nationalen Reichstagsmehrheit ein hartes Element der Festigung erwachsen.

Die liberalen Parteien müssen selbstverständlich ein wirklich freiheitliches Gesetz verlangen. Die konservativen brauchen dabei nur mitzuwirken und zuzustimmen, dann wird alles gut gehen. Wenn das Gesetz aber den bisher von den konservativen vertretenen reaktionären Anschauungen Rechnung tragen sollte, dann allerdings könnte die nationale Mehrheit des Reichstages dabei gründlich in die Brüche gehen.

K. G.

Die Gewerksvereine und die Politik.

Dies alte Thema wird neuerdings recht lebhaft in der Gewerkspressen diskutiert. Auch ich möchte vor dem Verbandstage zu den vielen Beschlüssen, welche in dieser Beziehung schon gemacht wurden, meine Meinung nicht ungeduldet lassen. Der Kardinalpunkt, um den es sich dreht, dürfte sich wohl in nachstehendem Satz kurz zusammenfassen lassen.

Wie können sich die hiesigen Gewerksvereine unter den heutigen politischen Verhältnissen, welche in andere Bahnen zu lenken, sie zu schwach sind, mehr politische Macht erringen?

Daß wir einen größeren politischen Einfluß im Interesse unserer Bewegung, sowie im Interesse der Arbeiterschaft besitzen und ausüben müssen, darüber sind wohl alle, die nicht den Schlaf der Gerechten schlafen, einig. Wir müssen es schon unter allen Umständen deshalb, weil wir die einzige Organisation auf bürgerlichem Boden sind, die für alle Arbeiter, welche nicht direkt zur roten oder schwarzen Partei-fahne geschworen haben oder jenen nachzumpeln, in Betracht kommt, und so wenig jemals der Liberalismus oder die Demokratie denkende Arbeiter auf die Dauer zu ihrem Bestand zählen können ohne richtige, nachdrückliche und sachmännische Behandlung der Arbeiterfrage auf sozialem Gebiet, ebensowenig werden wir als „Organisation“, welche nur die halben Gefühle ihrer Anhänger, nämlich die auf gewerkschaftlichem Gebiet befriedigt, und die andere Hälfte einem unbestimmten „anderen“ überläßt, — das sind seine politischen Gefühle —, niemals auf ganze Anhänger rechnen können.

Entweder der einzelne Kollege muß ein großes Herz haben, in dem zwei Führer nebeneinander Platz finden, die sich recht oft widersprechen, oder er muß zwei Herzen in einer Brust vereinigen, oder aber er taugt an dem einen Herzen nichts, das wohl vorhanden ist, aber ohne zu schlagen, in seiner Brust liegt. Die Herzgenügsamkeit wird also für den einen Teil eine sehr minimale oder gar keine sein. Das trifft bei dem einen auf sein gewerkschaftliches, bei dem anderen auf sein politisches Herz zu. Davon können wir „Neutralen“ wohl ein Lied singen. Um den ganzen Mann zu haben, muß also beides vereinigt werden, und die Wirkung wird eine doppelte sein.

Nun fragt es sich um das „Wie“. Ist dies innerhalb der Gewerksvereine, welche alle möglichen und unmöglichen politischen Glaubensbekenntnisse in sich bergen, möglich? Ich erkenne an, daß die Arbeit keine leichte ist, und man kann es leicht verstehen, wenn es Kollegen gibt, welche am liebsten dies Ding gar nicht berührt wissen wollten. Aber gerade weil die Arbeit schwer ist, desto fruchtbarer und kampfeslustiger muß an dieselbe herangetreten werden.

Ich stelle mich auf die Seite derjenigen, die wollen, daß es anders wird in dieser Beziehung innerhalb der Gewerksvereine und zwar aus Erfahrung. Wenn nun von anderer Seite bereits zur Bewirkung dieses Problems Wege vorgeschlagen sind, so konnte ich mich bis jetzt mit den meisten wenig befreunden.

Zunächst der Weg zu einer eigenen Arbeiterpartei. Er ist meiner Auffassung nach vollständig ungangbar, denn als solche könnten wir niemals uns den Einfluß erobern, welchen eine Arbeiterpartei, um allmählich zu sein, bedarf. Es wäre ein Gebilde, was sicher den Keim des Todes schon bei der Geburt im Herzen tragen würde.

Es mag Rühre geben, die glauben, der Sozialdemokratie dadurch Abbruch tun zu können, von dort mit dem schwindenden Vertrauen der Arbeiter zu jener Partei Zugang zu erhalten. Es ist dies eine

Musik, die entweder gar nicht oder nur in ganz verschwindendem Maße in Erfüllung gehen wird. Denn zunächst wird es die Sozialdemokratie gleich dem Zentrum bestehen, sich das Vertrauen der Massen zu erhalten und sich den neuen Verhältnissen nach ihrer Art anzupassen. Denn ich habe die Empfindung, daß die Sozialdemokratie trotz aller radikalen Phrasen, die da und dort noch zum Ausdruck kommen, je länger je mehr sich zur reinen Demokratie mauert. Sie wird sich dadurch auch die Röhre der Arbeiter, welche durch selbständiges Denken die Unbrauchbarkeit der sozialistischen Ideale erkannt haben, zu erhalten wissen, weil sie sich mehr und mehr zur Gegenwart bequemen wird. Dazu werden die sozialdemokratische Partei, wenn sie in Zukunft Bedeutung haben will, die Verhältnisse zwingen. Es fehlt auch dieser Partei nicht an Köpfen, welche dies früh genug erkennen. Ich kann hier nicht den Manöverprozess in der sozialdemokratischen Partei begründen, es würde zu weit führen. Aber man überlege nur, was jene Partei schon seit Marx und Lassalle abgetrieben hat. Man bedenke, daß heute schon Herren jener Partei den Weg zu Fürstentümern gefunden haben, ohne daß man es ihnen als Todsünde angerechnet hätte. Einige scharfe Polemiken der Einflüsterer wegen, und es war vorbei. Also man versteht es dort, je nach Lage der Sache, den Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Dieser Manöverprozess wird wiederum über kurz oder lang die Radikalität innerhalb jener Partei nach links abdrängen und so wird vielleicht ein Teil der linken Flügel der „Anarcho-Sozialismus“ bilden, welcher die mehr Aussicht hat die rote Partei einzuholen als wir.

Denn für die ungebildete, nicht denkfähige Masse, der ihr Glanz den klaren Verstand gerahmt hat, ist jenes radikale Programm verlockender, als das nüchternere auf dem Boden der Gegenwart stehende Gewerksvereinsprogramm. Auf der anderen Seite wird die sozialdemokratische Partei durch ihre Veränderung imstande sein, diejenigen, die ihrer Meinung nach eigentlich zu uns gehören, die sich zu behalten.

Also kurz zusammengefaßt, hat nach meiner Meinung eine eigene Gewerksvereinspartei, gleichgültig unter welchem Namen, seine Lebensfähigkeit.

Unser Einfluß, unsere Macht liegen auf anderem Gebiete und zwar innerhalb der bürgerlichen Parteien. Mit ihnen zusammen, die mit der Arbeiterschaft recht viele gleichlaufende Interessen haben, müssen wir versuchen eine Macht zu bilden. Wir als Gewerksvereiner speziell werden versuchen müssen, innerhalb dieser Parteien uns eine Machtstellung zu erringen.

Da wird ja mancher sagen: Gut, da ist ja der andere Weg gangbar; unsere Mitglieder treten in die bürgerlichen Parteien ein, gleichviel in welche. Damit wird nach meiner Auffassung gar nichts erreicht. Auch kein Jota werden wir dadurch an politischer Macht innerhalb dieser Parteien mehr gewinnen. Denn das geschieht bis zu einem gewissen Grade heute schon. Wenn unsere Verbandsgenossen nicht als Mitglieder in irgend einer dieser Parteien eingetragen sind, so zeigen sie sich bei irgend einer Wahl als Anhänger dieser Parteien. Und welche Macht haben wir heute in diesen Parteien trotz alledem? — Gar keine! — Die Parteien kennen diese Leute, deren Stimmen sie ruhig hinnehmen, nicht als Gewerksvereiner, sondern als ihren selbstverständlichen Anhang. Hier müssen wir einsteigen, um uns als Gewerksvereiner mehr bemerkbar zu machen.

Hier stehe ich teilweise auf dem Boden von Bruno Börsch, daß uns dies nicht durch Zersplitterung gelingt, sondern nur durch Sammlung unserer ganzen Kraft, um diese in ihrem ganzen Umfang auf einen bestimmten Punkt zur Wirkung kommen zu lassen. Nicht ganz einverstanden bin ich damit, daß er jetzt schon die Parteien vorschreibt, in welchen unsere Kraft gesammelt werden soll, nicht etwa deshalb, weil wir die genannten Parteien oder Partei nicht genehm wären, oder daß mich der Fettdruck in Nr. 29 des „Gewerksvereiner“ zu dieser Ansicht gebracht hätte. In beiden Punkten trifft für mich das Gegenteil zu.

Das, was ich daran befürchte, ist, daß unsere Mitglieder, die nun einmal parteipolitisch bunt gemischt sind, Kollegen Börsch oder dessen Vorschlag nicht verstehen, oder noch viel weniger ihm Folge leisten werden.

Wer eine Machtstellung einnehmen will, muß ein geschultes, diszipliniertes Heer hinter sich haben, in dem jeder Einzelne mit dem, was das Heer will und soll, vertraut ist.

Wer eine Machtstellung einnehmen will, muß ein geschultes, diszipliniertes Heer hinter sich haben, in dem jeder Einzelne mit dem, was das Heer will und soll, vertraut ist.

Haben wir dies auf politischem Boden? Dank unserer strengen „Neutralität“ müssen wir antworten: Nein! Jeder hat eine andere Meinung, jeder zieht an einem andern Strang, und wieder andere ziehen gar nicht. Und das ist möglich, ohne daß die einsichtigeren Kollegen in Versammlungen hier Wandel schaffen konnten noch durften, der „Neutralität“ halber.

Haben wir dies auf politischem Boden? Dank unserer strengen „Neutralität“ müssen wir antworten: Nein! Jeder hat eine andere Meinung, jeder zieht an einem andern Strang, und wieder andere ziehen gar nicht. Und das ist möglich, ohne daß die einsichtigeren Kollegen in Versammlungen hier Wandel schaffen konnten noch durften, der „Neutralität“ halber.

Dieses Verhältnis muß geändert werden, und zwar ohne daß wir in der eigentlichen Organisation der Gewerksvereine den Boden der Neutralität verlassen, denn das könnte uns zur gegebenen Zeit in der Tat schwer schädigen.

Ich hätte hier folgenden Vorschlag: Wir gründen unabhängig vom dem Gewerksverein „Arbeiter-Wahlvereine“, die ich nicht als Partei, sondern als politische Bildungsvereine betrachten wissen will. In diesen „Arbeiter-Wahlvereinen“, in welche wir bei einem vorläufig niedrigen Beitrag sämtliche oder wenigstens einen großen Teil unserer Mitglieder unter der Fahne Arbeiterpolitik sammeln könnten, müssen die Köpfe für Arbeiterpolitik erst richtig reif gemacht werden. In diese Vereine hätten auch Angehörige anderer Stände, sowie gewerkschaftlich indifferenten, die mit unserem Programm einverstanden sind, Aufnahme. Aber vor allen Dingen müßte versucht werden, Wissenschaftler für diese Vereine zu gewinnen.

Gibt man diesen Vereinen dann eine gemeinschaftliche Zentrale, von wo aus sie geleitet werden, so werden wir in einigen Jahren über politisch reife Köpfe in nicht geringer Zahl verfügen.

Es läßt vielleicht während dieser Zeit der Blockgedanke innerhalb des Liberalismus noch mehr dahin zur Geltung, daß endlich der Bruderwitz im Liberalismus zu seinem Vorteil aufsteht und Parteien und Vereinen usw. verschwinden. Dann könnten diese Vereine, soweit dies möglich, den linken Flügel dieser großen liberalen Partei bilden. Ihr Einfluß wird aber um so größer sein, je mehr gesuchte Truppen in ihnen vereinigt sind, die so auftreten, daß man ihren Tritt wahrnimmt.

Jedoch was jetzt für die politische Machtstellung der Gewerksvereine bis zur Bewirkung dieser Idee in Betracht kommt, ist, daß bei irgend einer Wahl die Gewerksvereine, d. h. Wahlvereine, von den Parteien, die von ihnen unterstützt werden wollen, Gegenleistung verlangen können. Haben wir unsere Leute politisch geschult, und was die Hauptsache ist, unter unserer Führung, so können wir den Parteien wohl erklären: Berücksichtigt ihr uns nicht bei Aufstellung der Kandidaten, so werden wir in dem oder jenem Wahlkreis, wo wir wohl zu einem eignen Sieg zu schwach, aber doch für den Ausgang der Wahl ausschlaggebend sind, euch durchfallen lassen, indem wir uns auf die Seite des Gegners schlagen, oder selbständig vorgehen. Dadurch muß man mit uns rechnen, und sobald man mit uns rechnen muß, steigt unsere Macht.

Wenn Kollege Goldschmidt glaubt, die „Berliner Volkszeitung“ hätte des Fudels Fern entdeckt, wenn sie schreibt, wir können am besten uns einen politischen Einfluß erringen, wenn wir sorgen, daß wir stärker werden, im übrigen aber unsere heutige Stellung (Neutralität) bewahren, und wenn Kollege Goldschmidt dann dazu bemerkt, daß die bisherige Standpunkt der Gewerksvereine, an dem nicht getastet werden darf, — so bin ich der Meinung, wir dürfen ruhig noch einmal, ja zwei- oder dreimal soviel Gewerksvereinsmitglieder haben, so wird unter dem heutigen System unser politischer Einfluß um seine Höhe größer sein, weil auch die größere Anzahl Mitglieder gestreut in alle möglichen Lager, nicht aufgestellt, kein bestimmtes Programm hat und infolgedessen nicht einheitlich ihre Kraft zum Ausdruck bringt.

Die Machtstellung der Gewerksvereine auf politischem Gebiet wird in der Einheitlichkeit des politischen Denkens und Wirkens sicherer Anhänger liegen.

Um dies zu erreichen, muß gesammelt und nicht zersplittert werden, und dies ist möglich in den Wahl- oder politischen Bildungsvereinen. Sind in diesen dann Köpfe wie Raumann, Defer, Potthoff, Paier, Schrader, Radnitz und andere mehr als geistige Lehrer und Mitarbeiter tätig, dann bin ich überzeugt, werden unsere Mitglieder in ihrem politischen Leben, beteiligen sich lebhafter an dem politischen Leben, treten mehr in den Vordergrund und vertreten ihre Gewerksvereinsgrundsätze in politischer Beziehung. Dann wird sich nach Jahren auch das Verhältnis betr. Zugehörigkeit zu einer Partei klären und leichter regeln lassen. Denn es entsteht ein natürlicheres Band, die Leute und hervorragende Führer, welche sich am meisten um sie kümmern in ihren Wahlvereinen und die Arbeiterfrage nachdrücklich vertreten, werden die natürlichen Vertreter in politischer Beziehung für unsere Mitglieder sein. Danach wird die Parteizugehörigkeit in späteren Jahren nicht vorgeschrieben werden brauchen, sondern der Prozeß vollzieht sich von selbst. Und er wird sich umso schneller vollziehen, je nachdrücklicher und besser in dieser Hinsicht gearbeitet wird.

Dies meine Meinung, die ich bei weiterer Diskussion gerne ausführlicher vertreten will.

Kaiserlautern. J. Walzer.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 19. April 1907.

Mit den Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf über die Regelung der Vereins- und Versammlungsfreiheit ist man, wie die „Abw.-W.-Ztg.“ wissen will, bereits im Reichsamt des Innern eifrig beschäftigt. Als Grundprinzip des Entwurfs darf man die Befestigung aller im Vereins- und Versammlungsrecht der Einzelstaaten bestehenden Bestimmungen annehmen, welche zu Polizeihilfen ausgenutzt werden können. Es dürfte daher in erster Linie alle Beschränkungen über die Teilnahme von Frauen und Minderjährigen in Fortfall kommen, welche bereits durch den Gesetzentwurf für die Berufsvereine beseitigt werden sollten. Da bei der reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes die in einzelnen Bundesstaaten bereits bestehenden Freiheiten jedenfalls erhalten werden müssen, so läßt sich annehmen, daß der Entwurf allen berechtigten liberalen Forderungen im Reichstage entsprechen wird; er dürfte sogar über den früher vom Abg. Richter im Reichstage vorgelegten Entwurf in der freisinnigen Fassung des Vereinsrechtes noch hinausgehen. Wenn in diesem Gesetz alle öffentlich-rechtlichen Fragen der Vereine geregelt werden, dürfte ein Berufsvereins-Gesetz überflüssig werden, da die privatrechtlichen Fragen wohl am besten durch eine Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuches zu regeln wären.

Das klingt ja sehr zuversichtlich. Wir halten es aber vorläufig noch für besser zu sagen: Abwarten!

In der Meißnerfrage macht die sozialdemokratische Parteileitung verunsicherterweise den Zurückzieher. In einem Aufrufe für die „Meißner durch Arbeitstruppe“, der im Anfang und am Schluß recht bombastisch klingt, ist die dringende Anwesenheit der Arbeiter am 1. Mai da abzusehen, wo die Unternehmer die Forderung einer Ausperrung beantworteten wollen. Die Parteileitung sollte demonstrativ zeigen, daß die „Zielbewußten“ sich damals nichts machen, daß die Unternehmer mit der Forderung durch Arbeitstruppe einverstanden sind oder nicht. Jetzt ist man bereits parteiisüßig so weit gekommen, anzurufen, den 1. Mai nur noch da zu feiern, wo es die Unternehmer gestatten. Dadurch hat die Forderung ihren ursprünglichen Charakter ganz und gar eingebüßt.

Rehr Ihre würde die Parteileitung damit einlegen können, wenn sie den Rat gehabt hätte, die ganze Meißner als eine verfehlte Spekulation über den 1. Mai zu werfen.

Der Bezirksausgang hat die Beschwerden der anderen beiden Organisationsstellen gegen die Gewerbegerichtsverwaltung in Breslau, zu welcher nur unsere Gewerbevereiner eine korrekte Liste eingereicht hatten, zurückgewiesen. Die Beschwerdeführer erkannten an, daß die von ihnen eingereichten Listen nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen, andererseits aber machten sie geltend, daß die vom Gesetz verfolgte Absicht der Verhältniswahl durch die Wahl vom 14. März nicht erreicht sei. Der Bezirksausgang wies die Beschwerden zurück, da bei der Wahl selbst ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen nicht vorgelegen habe.

Bekanntlich haben unsere Verbandsgenossen den Christlichen einen Teil der Sitze freiwillig abgetreten. Auch den freien Gewerkschaften war ein gleiches Angebot gemacht worden, das aber wieder zurückgewiesen werden mußte, weil die Herrschaften für sich allein fast alle Sitze beanspruchten.

Arbeiterbewegung. In der Tischlerei von Demek & Haensch in Prenzlau stehen die Formen im Streit. Die Firma macht große Anstrengungen, Arbeitswillige zu bekommen, worauf die Kollegen hiermit aufmerksam gemacht werden. Eine endgültige Entscheidung in der Tarifbewegung der Berliner Bauarbeiter haben auch die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht nicht herbeigeführt. Das Einigungsamt hat seinen Schiedsspruch dahin gefällt, daß ein auf 3 Jahre laufender Tarif zu empfehlen sei, mit einem im ersten Jahre um 3 Pf., in jedem weiteren Jahre um 2 Pf. höheren Stundenlohn und unter Beibehaltung der 9stündigen Arbeitszeit. Bis zum 24. April sollen die Parteien ihre Stellung zu dem Schiedsspruch kundgeben. Es scheint ausgeschlossen, daß danach der Friede im Bauwerke erhalten bleibt. Eine in Hamburg abgehaltene Versammlung aller Hafenarbeiter hat beschlossen, in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse in diesem Jahre von der Teilnahme an der Meißner durch Arbeitstruppe abzusehen. Auch die ausgesperrten Schauerleute werden sich diesem Beschlusse fügen. Vieles ist in der Tat der erste Schritt zu neuen Verhandlungsversuchen zu erblicken. Zu einem Konflikt scheint es auch im Königsberger Hafen zu kommen. Die Ursachen sind Differenzen zwischen den Reedern und der Leitung des Hafenarbeiterverbandes. Eine Einigung läßt sich vielleicht

in der Bewegung der Berliner Brauereiböttcher und die Einführung des 9stündigen Tages erzielen, da der Verein der Brauereier Berlin und Umgebung die 9stündige Arbeitszeit durch Einlegen von Rausen schaffen will. In Delmenhorst befinden sich die Arbeiter der Pinoleumfabrik „Schlüsselwerke“ im Streit. In Langenbielau kündigten 150 im Textilarbeiterverbande organisierte Färber der Firma Viehr, worauf die vereinigte Unternehmer eine allgemeine Aussperrung der Verbändler androhten, wenn bis Freitag die Kündigung nicht zurückgenommen ist. Bei den in Betracht kommenden Firmen sind im ganzen etwa 12 000 Arbeiter beschäftigt. Die in der Sammetbranche beschäftigten Arbeiter Krefelds sind wegen Erhöhung der Löhne an die Arbeitgeber herangetreten. Es sind Verhandlungen im Gange, die auf eine friedliche Verständigung schließen lassen. Auch im Baugewerbe von Krefeld Schwaben zurzeit Verhandlungen über einen besseren Tarif. Dabei sind hier die Ansichten auf einen gütlichen Ausgleich nicht so günstig. Der Streik der Schneider in Hamburg ist durch Vergleichsverhandlungen vor dem Gewerbegericht beendet worden. Am gestrigen Donnerstag haben die Gesellen die Arbeit wieder aufgenommen. In Leipzig haben die Maler, Lackierer und Anstreicher in den Tarifverhandlungen an dem Widerstand der Innungsmeister gescheitert sind. Auch die Leipziger Friseurgehilfen sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben die Innung bis zum 25. April um Antwort ersucht, ob sie in Verhandlungen eingutretten gewillt sei. Da die Arbeitgeber die vor dem Einigungsamt festgelegten Mindestlöhne und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden nicht bewilligen wollen, haben die Tapezierer in München die Arbeit niedergelegt. Der Kampf im Altendburger Baugewerbe ist durch beiderseitiges Untergang beendet. Es wurde den Arbeitern die 9stündige Arbeitszeit und eine geringe Verbesserung der Löhne gewährt.

In Budapest befinden sich die Kurbedürftigen und Zeichen in einer Bewegung für den 1. August. Auf diese Forderung haben die Unternehmer mit Kündigung und Aussperrung geantwortet. Die Firma Motte & Delecluse in Roubaix (Frankreich) hat infolge einer von den Arbeitern verlangten Lohnerhöhung ihre Betriebe geschlossen, wodurch gegen 1000 Weber arbeitslos geworden sind. Um eine Regelung ihrer Arbeitszeit und feste Löhne zu erlangen, sind am Mittwoch die meisten Kellner der großen Boulevards-Cafés und Restaurants in Paris in den Ausstand getreten. Der Bäckerstreik in Paris nimmt seinen Fortgang. Da in verschiedenen Bezirken die Bäckermeister ihre regelmäßigen Kunden nicht mehr befriedigen können, wurden wiederum Willkürbäder zur Verfügung gestellt. In Stockholm sind etwa 1000 Malergehilfen ausgesperrt. Veranlassung dazu haben Forderungen auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung gegeben. In den Streit sind die Hafenarbeiter von Norrdjuping (Schweden) verwickelt, nachdem alle Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren. In Rio sind die Arbeiter in den Streit getreten, der sich umso unangenehmer fühlbar macht, als dort bereits eine brennende Hitze herrscht. Wegen Verweigerung von hygienischen Einrichtungen in den Werkstätten sind die Arbeiter der elektrischen Untergrundbahnen in Paris in den Ausstand getreten.

Das Jena der Pfaffen. Ueber die falsche Lakt und die Claquewirtschaft in seiner Partei hatte sich der sozialdemokratische Schriftsteller Georg Bernhardt in bürgerlichen Blättern: „Berliner Volkszeitung“ und „Welt am Montag“, ungehalten ausgesprochen. Am Dienstag-Abend und Nacht sah der Charlottenburger Wahlverein im Volkshaus zu Gericht über den armen Sünder, weil er in einer Zeit, wo die Partei von allen Seiten angefeindet werde, in die bürgerliche Presse gehe und dadurch einen schweren Disziplinbruch begangen habe.

Der Angeklündigte verteidigte sich in einer zweistündigen Rede, die sich zu einer neuen Anklage gegen die Sozialdemokratie gestaltete. Wenn man sich nur auf die Blätter beschränken müßte, die der Parteileitung unterstünden, so würde das entweder die Unterwerfung unter eine Zensur bedeuten — und das sei die Anklage eines Raufkorbes, — er sich nicht gefallen lasse — oder es würde wirklich freie Meinungsäußerung gewährt, so würden die Arbeiter in der Parteipresse genau so wie die in angesehenen Blättern, denn in den bürgerlichen Publikationen würden natürlich auch die Parteiblätter aufmerksam gelesen. Ihm sei nichts anderes übrig geblieben, da der „Vorwärts“ seine Ansichten erstellend oder totgeschwiegen habe, als solche bürgerlichen Blätter um Odium zu erlangen, die auch von Arbeitern gelesen würden, denn es galt, der Parteipresse zu zeigen, — daß eine radikale Clique existiere, die ihre Macht dazu auszunutzen, Leute mit unheilbarsten Ansichten mundtot zu machen und die Arbeiterpartei dadurch irre zu führen,

daß über die Leistungen solcher Parteigenossen ein ganz falsches Bild gegeben werde.

Das auch andere Parteigenossen in derselben Weise behandelt worden seien, hätten die Verhandlungen vor dem Vorstand ergeben. Bernhardt habe ausgeführt, daß von seinen Versammlungen prinzipiell keine Notiz genommen werde, während über Leben von Rosa Luxemburg spaltenlang berichtet werde. Einst sei im „Vorwärts“ in denunziatorischer Absicht mitgeteilt worden, daß der stellvertretende Direktor von Döbber seine (Bernhardts) Briefe empfohlen habe, während tatsächliche Briefe der Arbeiterzeitung entnommen. Es habe sich aber später herausgestellt, daß gerade der entscheidende Satz in der Redaktion des „Vorwärts“ umgeändert worden sei. Auch Galmer habe in der Verhandlung ausführlich dargelegt, daß über seine Arbeiten fortlaufend falsch berichtet werde, daß man wichtige Sähesortlaufe und andere durch teilsame Zitierte methode umfälsche. Wenn man ihn auf den Beschwerdebeweg verweise, so müßte er sagen, daß die Kommission, in der die Genossen sitzen, die mit dem „Vorwärts“ durch die und dann gehen, des Zeitungs-Geschmutter sei.

Der Parteivorstand habe sich mitteilhaft gemacht. Er habe in der Geheimkommission in Jena erklärt, daß der Redakteur Strobel eine Arbeit des Genossen Gieser für unwissenschaftlich und ungenügend erklärt, von der sich schließlich herausstellte, daß sie aus — Kaufhaus-Einstellungen zum Erfurter Programm stammte. Damals habe man auch von der oben erwähnten Äußerung von Rosa Luxemburg gegenüber Bernhardt erfahren. Darauf seien auch nicht diese Redakteure entlassen worden, sondern kurze Zeit darauf seien die „eblen Sech“ aus dem „Vorwärts“ eingetragenen. Der Parteivorstand habe zugelassen, daß man in unverständlicher Weise die Parteigenossen angerempelt habe, daß Parteigenossen, während sie im Wahlkampf standen, für Blöden erklärt wurden. Stattdessen haben die Parteigenossen gefälschte Berichte in den „Vorwärts“ gebracht. Aber dem Treiben dieser Art habe der Vorstand mit verächtlichen Armen zugehört. Aus wärmstem Interesse für die Partei habe Bernhard diese Dinge vorbringen zu müssen geglaubt. Nicht sein Verhalten, sondern das Treiben dieser Art werde die Partei bedenklich machen. Die Partei werde bei den nächsten Wahlen einen neuen Zusammenbruch erleben. Hier sei der Zusammenhang nicht mehr angezeigt gewesen, hier konnte nur mehr die Flucht in die Desorientierung heißen, um den Parteigenossen zu zeigen, wie sie an der Rasse herumgeführt würden. Seitdem er in Dresden die Wehring entlarvt habe, hatte man alles Mögliche versucht, ihn aus der Partei hinauszuwerfen. Jetzt hätten die Charlottenburger als Handlanger herbeigeholt, um den Scheiterhaufen, der um ihn aufgerichtete sei, zu entzünden. Es sei nicht nur seine Sache, die hier verhandelt werde, sondern die Sache aller Parteigenossen. Charlottenburger hätte darüber zu entscheiden, ob noch die Meinungsfreiheit in der Partei gelte; ob man noch unabhängige Schriftsteller haben oder von einer Clique Zensur haben lassen wolle.

Die Ausführungen Bernhards wurden von einem Teil der Versammlung lebhaft applaudiert. In der Diskussion trat ein Teil der Redner für ihn ein. Ein Teil gegen ihn ein. Nach einer sehr heftigen Rede des Vorsitzenden gegen Bernhard und einem Schlußwort des Angeklündigten, in dem dieser betonte, daß er von der Partei keinen Feind begreife, wurde die Abstimmung vorgenommen: sie ergab die Annahme des Schiedsgerichts gegen 49 Stimmen mit etwa 150 Stimmen.

Daraufhin erklärte Bernhard seinen Austritt aus dem Wahlverein und der Partei. Außerhalb dieser Rahmen werde er für seine Anschauungen weiter wirken. — Bernhard hat die Sozialdemokratie, sie ihn die bekommen. Nun ist beiden geholfen. Die „Zielbewußten“ Genossen lassen sich aber auch furchtbar an der Rasse herumführen.

In einem schweren Konflikt ist es in Belgien zwischen der Regierung und dem Parlament gekommen. Die Regierung hat auf Veranlassung des Königs ihren Bergarbeiter-Gesetzentwurf wieder zurückgezogen, nachdem die Parlamentarier, aus Liberalen, Sozialdemokraten und einigen Jungsozialisten bestehend, eine Bestimmung auf Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit in den Entwurf gebracht hatte. Die Erregung in der Bevölkerung ob dieser Zurückziehung ihrer Vertretung ist sehr groß. Beim Wiederzukommen der Deputiertenkammer werden die Regierung und auch die Klone ihnen nicht gerade angenehme Dinge zu hören bekommen.

Gewerbevereins-Teil.

Spanien. In Segorart uneres Kollegen Pambach-Berlin wurde am 8. April zwischen den Arbeitgeber einerseits und dem Gewerbeverein der Eisler andererseits ein Tarifvertrag entsprechend den Ergebnissen der gemeinsamen Kommissionsberatungen bis zum 15. Februar 1910 abgeschlossen und ist somit der Friede eingetreten. Eine Vereinbarung ist auf folgender Grundlage geschlossen: Zeit in Berlin die 50stündige Arbeitszeit pro Woche ein, so soll dieselbe hier in Spanien 52 Stunden betragen. Der Minimallohn wurde bei 54stündiger Arbeitszeit auf 52 Pfg. bei 53stündiger Arbeitszeit auf 55 Pfg. festgelegt. Mit dem Beitritt des Holzarbeiterverbandes war der Tarif auch vollständig durchgeführt, da aber die Herren

